
Steuerwettbewerb & Demokratie

Vortragsreihe der Desiderius-Erasmus-Stiftung - April 2025

Im Anfang des politischen Lebens war Föderalismus. Föderalismus kann man nicht schaffen oder gar per Dekret anordnen – man kann bloss darum ringen und ihn verteidigen.

Gemeinwesen tendieren zu Zentralismus und zur Stärkung der Exekutive.

Föderalismus ist das Gegenteil von Zentralismus. Er braucht ständig Bestätigung. Denn, wie schon einer der Väter der ersten modernen Verfassungen, Thomas Jefferson wusste, tendieren Gemeinwesen im Laufe der Zeit zu einer Stärkung der Exekutive und zum Zentralismus. Der Grund dafür liegt wohl in der Bequemlichkeit des Menschen und an seiner schwindenden Bereitschaft Verantwortung zu übernehmen. Auf dem Altar vermeintlicher Sicherheit wird allzu leichtfertig Freiheit geopfert.

Julius Cäsar sagte noch trotzig und selbstbewusst: «Malo in hoc vico primus esse quam Romae secundus.» – Er wolle lieber im Dorf Erster sein als in Rom bloss Zweiter. Jene, die uns heute in Europa regieren, fühlen sich hingegen mehr der olympischen Devise verpflichtet: Für sie ist Dabeisein alles. Nichts ängstigt solche Politiker mehr als der Gedanke, man könnte sich isolieren oder isoliert werden. Mittlerweile schreckt die «Wertegemeinschaft nicht einmal davor zurück, Staaten zu sanktionieren oder ihnen mit Entzug des Stimmrechts zu drohen, wenn sie von der Brüsseler Linie abweichen.

Föderalismus ist (noch) wichtiger als Demokratie.

Ausgehend von Aristoteles und weiterentwickelt von Thomas von Aquin, floss das Subsidiaritätsprinzip 1891 durch die Enzyklika „Rerum Novarum“ auch in die katholische Soziallehre ein und markierte eine entscheidende Wende in der katholischen Staatstheorie. Diese gab damit die päpstlich zentralistische Sicht des Staatswesens definitiv auf, das von einem Monarchen mit göttlichen Rechten gelenkt wurde.

Eine klassische Formel des Subsidiaritätsprinzips findet sich in der Sozialenzyklika Quadragesimo anno von Papst Pius XI. „über die Gesellschaftliche Ordnung“ vom 15. Mai 1931. Dieses entwarf unter dem Eindruck zunehmender zentralistischer und totalitärer staatlicher Tendenzen einen Gesellschaftsansatz, der das Individuum im Rahmen seiner individuellen Leistungsfähigkeit zum Massstab und zur Begrenzung überindividuellen Handelns machte.

Später definierte es Papst Pius XI.: «Ein grundlegendes Prinzip der Sozialphilosophie ist, dass man sich nicht von den Individuen zurückziehen und der Gemeinschaft das überlassen sollte, was sie durch ihre eigene Unternehmungslust und ihren Fleiss erreichen können.»

Beispiel: Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation

Zufällig bin ich kürzlich auf X auf einen Thread gestossen, in dem es um das Heilige Römische Reich Deutscher Nation ging. Der Autor ging der Frage nach, wie ein Gebilde, das aus über 300 Kleinstaaten bestand, über 1000 Jahre überleben. Die einfache Antwort: Föderalismus

Politische Entscheidungen sollten möglichst dezentral vor Ort getroffen werden. Die Fürsten konnten ihre Lehen weitgehend nach eigenem Ermessen verwalten, solange die Interessen des Kaisers gewahrt blieben. Die Rolle des Kaisers bestand in erster Linie darin, den Frieden zu wahren, indem er die Grenzen vor äußeren Bedrohungen verteidigte und Streitigkeiten zwischen Fürstentümern beilegte.

Den meisten Menschen in unserer Zeit begegnet der Staat in Form von Rechnungen und Vorschriften, die immer mehr Aspekte unseres Lebens regeln. Dabei geht Grundlegendes vergessen: Wir sind als freie Menschen geboren und haben das Gemeinwesen zum Schutz unserer individuellen Interessen geschaffen. Darum hat der Staat für die Menschen da zu sein und nicht umgekehrt.

Es kann allerdings vorkommen, dass der Wille oder die Interessen des Staates, oder besser: des Staatsapparates, von denen der betroffenen Menschen abweichen. Für den grossen Staatstheoretiker John Locke, der mit seinen Schriften das geistige Fundament für die amerikanische Unabhängigkeitserklärung und Verfassung, ja für den freiheitlichen Rechtsstaat schlechthin, legte, war klar: Der Staat hat das Leben der Bürger sowie deren Freiheiten und das Eigentum zu schützen. Tut er dies nicht, oder wird er gar selbst zur Bedrohung, haben die Bürger das Recht, wenn nicht gar die Pflicht, Widerstand zu leisten.

Es ist also von enormer Bedeutung, dass sich die Bürgerinnen und Bürger mit dem Staat identifizieren. Hierzu leistet der Föderalismus einen entscheidenden Beitrag. Er garantiert die grösstmögliche Zufriedenheit der Menschen in einer Region. Und, sollten sie nicht zufrieden sein, so haben sie die Möglichkeit, in ihren überblickbaren Verhältnissen eine Veränderung herbeizuführen. Sehen sie sich dieser Möglichkeit beraubt, führt das zu Frustration, Entfremdung und schliesslich zur Stärkung zentrifugaler, secessionistischer Kräfte. In der EU mehren sich die Beispiele dafür. Wirtschaftlich starke Regionen und Staaten erhalten den Eindruck, dass die von ihnen erbrachte Leistung in einem schlechten Verhältnis zu dem steht, was sie zurückerhalten.

Subsidiaritätsprinzip

Wofür sollen nun aber die Gliedstaaten und wofür die Zentralregierung zuständig sein? Und wie soll die Kompetenzaufteilung am zweckmässigsten vorgenommen werden? Hier kommt das berühmte Subsidiaritätsprinzip zur Anwendung. Doch, Vorsicht! Nicht überall, wo „Subsidiarität“ draufsteht, ist auch Subsidiarität drin. – Dabei ist das Subsidiaritätsprinzip so einfach wie genial. Stellen Sie sich einen römischen Brunnen vor: Das Wasser, das in der obersten Schale keinen Platz mehr findet, fällt in die darunterliegende grössere und so weiter.

Die Schweizerische Bundesverfassung umschreibt dieses Prinzip der negativen Kompetenzausscheidung in Artikel 3 wie folgt (Beachten Sie bitte, dass in dem einen Satz gleich zweimal der Begriff „souverän“ auftaucht):

„Die Kantone sind souverän, soweit ihre Souveränität nicht durch die Bundesverfassung beschränkt ist; sie üben alle Rechte aus, die nicht dem Bund übertragen sind.“

Alles, was nicht Bundesangelegenheit ist, ist demnach Sache der Kantone. Damit ist lückenlos geregelt, wer wofür zuständig ist.

Um Bürgernähe zu demonstrieren oder zu simulieren, hat sich auch die EU ein Subsidiaritätsprinzip ins Stammbuch geschrieben. Doch, anstatt sich des einfachen Prinzips zu bedienen, wie es in der Schweiz seit 1848, also seit dem Übergang vom Staatenbund zum Bundesstaat, erfolgreich praktiziert wird, schreiben die Regierenden in ihrer grenzenlosen Weisheit Folgendes in Artikel 5 des Vertrags über die europäische Union und des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union:

«Nach dem Subsidiaritätsprinzip wird die Union in den Bereichen, die nicht in ihre ausschliessliche Zuständigkeit fallen, nur tätig, sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Massnahmen von den Mitgliedstaaten weder auf zentraler noch auf regionaler oder lokaler Ebene ausreichend verwirklicht werden können, sondern vielmehr wegen ihres Umfangs oder ihrer Wirkungen auf Unionsebene besser zu verwirklichen sind.»

Sie haben es in der EU also – entgegen der erklärten Absicht – nicht mit einer klaren Regel für die Aufteilung von Kompetenzen zu tun, sondern mit einer Anweisung, nach welchen Kriterien die Diskussion darüber geführt werden soll. Doch der Nachweis, dass etwas «auf regionaler oder lokaler Ebene» besser verwirklicht werden kann, ist in der Praxis schlicht und einfach nicht zu erbringen. Und von Politikern, die jede Kritik an Brüssel als Rückfall in den dunklen Nationalismus und damit als „dem Geist der europäischen Einigung“ widersprechend geisseln, auch nicht zu erwarten. Mit anderen Worten: Artikel 5 des EU-Vertrags hält nicht, was den Völkern von den Politikern versprochen wurde.

Die Bedeutung des Föderalismus geht aber noch wesentlich tiefer. Föderalismus bedingt eine bestimmte Geisteshaltung. Eine Geisteshaltung der Bescheidenheit und der Zurückhaltung. Eine Geisteshaltung, die davon ausgeht, dass es in vielen Fragen wohl keine absolute Wahrheit gibt und darum dem anderen zugesteht, dass er ebenfalls Recht haben könnte. Oder zumindest, dass er das Recht hat, Dinge so zu regeln, wie es ihn gut und richtig dünkt.

Dieser Wettbewerb ist eine logische Folge des Föderalismus und trägt entscheidend zu einer Steigerung von Innovations- und Wirtschaftskraft bei. Schliesslich will jeder besser sein als die anderen. Föderalismus fördert Sparsamkeit, Gestaltungskraft, Verantwortungsbewusstsein und den Ideenreichtum. Darum ist Föderalismus so wichtig, und darum ist er den Sozialisten in allen Parteien, die auf Gleichmacherei und Einförmigkeit aus sind, ein Dorn im Auge. Sie gewichten die Gefahr, ins Hintertreffen zu geraten, höher, als die Chance, sich im Guten gegenüber den anderen abzuheben.

Auch in einer Demokratie geht es um Macht und Geld

Ein Staat braucht zur Erfüllung seiner Aufgaben Geld, Doch, wie viel ist genug, und welche Aufgaben sind tatsächlich nötig?

Gerade hier zeigt sich die Überlegenheit des Föderalismus, weil dieser eben gerade keine allgemeingültige Antwort parat hat, sondern die Angelegenheit zu Verhandlungssache macht.

Kritikern des Föderalismus oder Befürwortern zentralistischer Lösungen geht es angeblich darum, Doppelspurigkeiten zu verhindern oder, wie sie gerne behaupten, Synergien zu nutzen. Was in gewissen Einzelbereichen vielleicht zutreffen mag, erweist sich im Grossen als trügerisch. So erweist sich beispielsweise ein dezentralisiertes Steuerwesen als Segen für die Steuerzahler. Wenn wir in der Schweiz die Entwicklung

der Staatsausgaben oder der Verschuldung zwischen Gemeinden, Kantonen und dem Bund betrachten, dann zeigt sich eindeutig, dass Gemeinden mit dem Geld der Bürger wesentlich haushälterischer umgehen als die Kantone und erst recht der Bund. Die Gründe dafür sind einerseits der Konkurrenzkampf zwischen den Gemeinden, der auch ein Steuerwettbewerb ist, ja sein muss, und die stärkere direktdemokratische Kontrolle. Vom Föderalismus im Steuerwesen profitieren die Bürgerinnen und Bürger am meisten.

Politik kann keine Gerechtigkeit oder Fairness schaffen

Eine gerechte oder faire Lösung entsteht durch Verhandlungen. Die Bürger sollen ihre Angelegenheiten untereinander regeln und entscheiden können, was ihnen ihr Staat wert ist.

Wo es die Bürger mit Friedrich August von Hayek halten und den Staat nur mit der Gewährleistung von Sicherheit, Landesverteidigung sowie mit Justiz und Polizei und den Infrastruktur-Grundlagen betrauen, wird es günstiger, und es bleibt mehr Raum für individuelle Freiheit. Erwarten die Bürger jedoch eine Rundumversorgung, und Meldestellen für jedes Anliegen, wird es rasch teuer, und die Freiheit schwindet.

Wettbewerb bringt bessere Produkte zu tieferen Preisen: Steuerwettbewerb ist der beste Schutz vor übermässiger Besteuerung.

Hier kommt ein weiterer Vorteil des Föderalismus ins Spiel: Die Kleinräumigkeit, schafft überschaubare Verhältnisse und ermöglicht Vergleiche.

Genau wie Unternehmen, die im Wettbewerb stehen, ihre Produkte laufend verbessern und preislich attraktiv bleiben müssen, müssen auch Gemeinwesen ihre Standortqualität laufend verbessern. Föderalismus zwingt sie, sich diesem Wettbewerb zu stellen.

Zwar ist die Steuerbelastung im Standortwettbewerb nur einer von mehreren Faktoren, doch Steuern haben zumindest den Vorteil, dass sie mit wenig Aufwand gesenkt oder abgeschafft werden können.

In diesem Zusammenhang ist auch der Vorwurf des unlauteren Steuerwettbewerb ins Reich der politischen Lügen und Polemiken zu schicken. Wer anderen vorwirft, sie lebten in einer Steueroase, sollte sich fragen, was er dazu beigetragen hat, dass das eigene Land zu einer Steuerwüste verkam. Unlauter sind Methoden nur dann, wenn eine Seite auf Mittel zurückgreift, die den Konkurrenten verschlossen bleiben.

Steuern für die Allgemeinheit nicht für den Fiskus

In der Schweiz sind verschiedene Steuern – und auch die Schuldenbremse – in der Bundesverfassung verankert. Und zwar darum, weil wir Schweizer den Politikern misstrauen. Eine Erhöhung der Steuern ist nur möglich, wenn die Mehrheit des Volkes sowie die Mehrheit der Kantone zustimmt.

Demgegenüber schreibt in der EU die Richtlinie 2006/112/EG einen Mindestsatz von 15 % für die Mehrwertsteuer fest.

Dabei belässt es freilich kein einziges Land: Es beginnt bei Luxemburg mit 16% und endet mit Ungarn mit 27%. Die meisten EU-Staaten bewegen sich mit ihrem Standard-Mehrwertsteuersatz im mittleren Bereich zwischen 20% und 23%.

Finanzausgleich ist die Absage an die Wirkung der Politik

Wer überzeugt ist, dass sich mit Politik etwas bewirken lässt, dass es für Probleme sowohl gute wie auch schlechte Lösungen gibt, und dass es sozial gerecht ist, wenn die

Guten belohnt und die Schlechten bestraft werden, der muss den Zentralismus ablehnen. Und der muss auch dagegen antreten, dass diejenigen, die sich für die schlechten Lösungen entschieden haben, über den Finanzausgleich von den Leistungen derjenigen profitieren, die eine gute Ordnungspolitik betreiben. Es muss möglich sein, anders zu sein.

Die EU zerstört Föderalismus und Demokratie.

Obwohl sich die EU im Jahr 200 das Motto «In Vielfalt geeint» gab, entwickelt sie sich rasch zu einem zentralistischen Monster, das sich der demokratischen Kontrolle entzieht.

Schon 2006 äusserte sich der ehemalige Bundespräsident und Präsident des Bundesverfassungsgerichts Roman Herzog kritisch zum wachsenden Einfluss der EU auf die nationale Gesetzgebung. Herzog kritisierte, dass über 80 % der deutschen Gesetze mittlerweile auf EU-Vorgaben zurückgingen. Er warnte vor einem «Demokratiedefizit», da viele EU-Richtlinien ohne ausreichende parlamentarische Kontrolle entschieden würden. Ausserdem greife die EU immer stärker in Bereiche ein, die eigentlich Ländersache sein sollten (z. B. Bildung, Kultur, Sozialpolitik). Herzog forderte eine strikte Subsidiarität: Die EU sollte nur tätig werden, wenn nationale Lösungen unmöglich sind.

Tatsache ist, dass es seither nur schlimmer wurde.

Ja zum Föderalismus...

- ... weil ein von unten nach oben aufgebauter Staat maximale Mitsprache des Einzelnen sichert.
- ... weil politische Entscheide dort, wo sie von den unmittelbar Betroffenen gefällt werden, am sachgerechtesten ausfallen.
- ... weil freie Mitbestimmung des Einzelnen nur garantiert ist, wo die politische Macht dezentralisiert, demokratisch eingegrenzt und überschaubar ist.
- ... weil der föderalistische Staatsaufbau die beste Voraussetzung für einen gesunden Staatshaushalt und für die Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger bietet.
- ... weil das Prinzip „Wer zahlt, befiehlt“ und „Wer befiehlt, zahlt“ die Verantwortlichkeit für Staatsaufgaben am wirkungsvollsten zum Ausdruck bringt.